

# WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Was die Themen angeht, ist die Ausgabe der „Wahlkreispost“ in dieser Woche wieder eine besonders vielfältige: So geht es zum einen um die fragwürdigen Praktiken der AfD Rheinland-Pfalz, mit denen sie in den Sozialen Medien auf Stimmenfang geht. Hierzu hat unser SPD-Generalsekretär in Rheinland-Pfalz, Daniel Stich, die passenden Worte gefunden.



Fragwürdige Praktiken findet man leider zur Zeit auch vermehrt in der Türkei. Hier wurde letzte Woche wieder einmal ohne rechtlich nachvollziehbare Gründe die Verhaftung zweier deutsche Staatsbürger bekannt – diesmal aus Rheinland-Pfalz. Wie gewohnt klar, ja unmissverständlich hat sich dazu natürlich auch unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer geäußert.

Es gibt aber auch positive Nachrichten zu melden: Zum einen starten im September die Beteiligungsforen zur Armutsbekämpfung im Land, in denen konkrete und regionalspezifische Maßnahmen zur Bekämpfung von und Prävention vor Armut herausgearbeitet werden sollen – eines davon in Betzdorf in meinem Wahlkreis. Zum anderen profitiert das DRK-Krankenhaus in Kirchen von der nun für das Jahr 2017 aufgelegten pauschalen Krankenhausförderung des Landes. Für den Träger des DRK-Krankenhauses, die DRK-Trärgesellschaft Südwest werden rund 2,7 Mio. Euro vom Land für geringfügige Anschaffungen und kleinere Baumaßnahmen zur Verfügung gestellt, die unbürokratisch abgerufen werden können. Eine wichtige, wenn auch mittelbare Unterstützung für das Kirchner DRK-Krankenhaus als Not- und Grundversorger unserer Region.

Zu diesen und noch weiteren Themen lest im Folgenden gerne mehr. In diesem Sinne: Viel Spaß bei der Lektüre – und eine gute Woche!

Eure Sabine

# GEZIELTE MANIPULATION DER AfD RLP?

*Stich kritisiert Meinungsmache mit Fake-Profilen auf Facebook*

Offenbar hat die AfD gezielt Fake-Profile auf Facebook eingesetzt, um die politische Diskussion zu verzerren.

„Für die SPD ist klar: Die Nutzung solcher Fake-Profile in politischen Diskussionen widerspricht nicht nur dem Gebot der Fairness unter demokratischen Wettbewerbern. Sie manipuliert auch die öffentliche Meinung in einer Art und Weise, die Demokraten nicht angemessen ist“, stellt der rheinland-pfälzische SPD-Generalsekretär Daniel Sicht klar.

„Unser Kanzlerkandidat Martin Schulz hatte hingegen schon vor Monaten ein parteiübergreifendes Fairnessabkommen vorgeschlagen. Die AfD hat nun offenbar grundlegend gegen diese Fairnessregeln verstoßen. Mittels Fake-Profilen auf Facebook wurde scheinbar bewusst versucht, Stimmung zu machen und den politischen Diskurs nach rechts zu rücken.“



Von Uwe Junge, dem Landesvorsitzenden der AfD Rheinland-Pfalz, verlangt Sicht umgehend Aufklärung darüber, ob Mitarbeiter der rheinland-pfälzischen AfD-Fraktion die Erstellung dieser Profile, die keinen realen Menschen zugeordnet werden können, in Auftrag gegeben oder gar selbst vorangetrieben haben. Für ihn stellt sich auch die Frage, ob eine solche Manipulation des politischen Diskurses auch zum perfiden Macht-Kalkül der AfD in Rheinland-Pfalz gehört und welche Rolle Herr Junge selbst bei diesen zutiefst undemokratischen Machenschaften spielte.

Für Sicht steht jedenfalls schon jetzt fest: „Nach außen gibt sich die AfD als Partei der Saubermänner. Ihre Funktionäre üben sich allerdings in vergnüglicher Regelmäßigkeit darin, mit Dreck zu werfen.“

## DREYER BESORGT ÜBER VERHAFTUNGEN IN DER TÜRKEI

Ministerpräsidentin Malu Dreyer zeigt sich angesichts der Verhaftung einer deutschen Staatsbürgerin und eines deutschen Staatsbürgers aus Rheinland-Pfalz in der Türkei tief besorgt. „Wenn Bürgerinnen und Bürger anderer Staaten um ihre Freiheit fürchten müssen, wenn sie in die Türkei reisen, dann zeigt das: Der Weg der Türkei führt weg von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das ist angesichts der langen und engen Freundschaft zwischen dem deutschen und dem türkischen Volk eine traurige Entwicklung, für die die politische Spitze der Türkei die alleinige Verantwortung trägt.“



Ministerpräsidentin Malu Dreyer hier bei einer Rede im rheinland-pfälzischen Landtag. (Foto: Archiv)

Als Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz finde sie es unerträglich, dass Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler in der Türkei aufgrund von vermutlich politischen Vorwürfen verhaftet werden.

Dreyer zeigt sich über die Freilassung einer in der T ü r k e i i n-

haftierten deutschen Staatsbürgerin aus Rheinland-Pfalz erleichtert. Sie mahnt jedoch mit Nachdruck an, dass der zweite inhaftierte deutsche Staatsbürger ein Anrecht auf konsularische Betreuung habe. Auch er müsse schnellstmöglich freigelassen werden, sollte es auch weiterhin keine rechtlich nachvollziehbaren Gründe für seine Inhaftierung geben.

# BILDUNG: BUND UND LÄNDER SOLLEN MEHR ZUSAMMENARBEITEN DÜRFEN

*Rheinland-Pfalz unterstützt Aufhebung des Kooperationsverbotes*

„Unser Anspruch ist es, Kindern und Jugendlichen auch in Zukunft die beste Bildung und die besten Chancen zu bieten. Um die Länder und Kommunen in diesem Ziel zu unterstützen, bedarf es einer stärkeren finanziellen Beteiligung des Bundes. Das ist bisher aber durch das bestehende Kooperationsverbot ausgebremst. Deswegen haben wir bereits im rheinland-pfälzischen Koalitionsvertrag vereinbart, dass sich die Landesregierung im Bundesrat für eine Abschaffung des Kooperationsverbots einsetzt“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer nach der Sitzung des rheinland-pfälzischen Ministerrats am Dienstag vergangener Woche.

Dieser hat entschieden, dass Rheinland-Pfalz gemeinsam mit den Ländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Niedersachsen und Thüringen den Entschließungsantrag „Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufheben“ in den Bundesrat einbringen wird.

„Wir stehen im Bildungsbereich vor großen Herausforderungen. Die Umsetzung der Inklusion, der Ausbau von Ganztagschulen oder die fortschreitende Digitalisierung – das alles sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam bewältigt werden müssen. Dazu gehört, dass es neue, erweiterte Möglichkeiten des Zusammenwirkens von Bund und Ländern bei der Finanzierung dieser Aufgaben geben sollte. Der Bund hat das Geld und sollte es im Bildungsbereich auch einsetzen dürfen“, ergänzt Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig, deren Ministerium bei der Bundesratsinitiative die Federführung für Rheinland-Pfalz übernimmt.

In dem Entschließungsantrag fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, mit den Ländern in Gespräche über eine Änderung des Grundgesetzes einzutreten, um das Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufzuheben.

Die fachliche Zuständigkeit zur Erreichung bildungspolitischer Ziele soll weiterhin den Ländern obliegen. Dazu wird vorgeschlagen, dass bei künftigen Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern die Zustimmung aller Länder einzuholen ist.

# GEGEN ARMUT IM LAND VORGEHEN

*Beteiligungsprozess „Armut begegnen – gemeinsam handeln“ macht Fortschritte – Beteiligungsforen starten im September*

„Ich freue mich sehr, dass sich so viele Verbände und Vereinigungen, die Kirchen, Gewerkschaften und weitere wichtige Partner der Landesregierung bereit erklärt haben, gemeinsam mit uns den landesweiten Prozess zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu gestalten“, betonte Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler anlässlich der konstituierenden Sitzung des Beirats zum Beteiligungsprozess „Armut begegnen – gemeinsam handeln“. „Ziel des Beteiligungsprozesses ist es, konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu erarbeiten und in die Wege zu leiten. Besonders in den Blick genommen werden sollen die Bereiche Einkommen, Bildung, Wohnen, Sozialraum und Mobilität. Hierbei erhoffe ich mir vom Beirat praxisnahen Input und gute Ideen“, so die Ministerin.

Aufgabe des neu gegründeten Beirats ist es, dem Sozialministerium beratend zur Seite zu stehen, fachlichen Rat hinsichtlich inhaltlicher Fragen und Schwerpunktsetzungen zu geben und Vorschläge zu benennen, welche Beiträge die einzelnen Akteure zur Zielerreichung beitragen können. Darüber hinaus sollen alle Mitglieder auch bei der Umsetzung von Maßnahmen, die zur Verbesserung der Lebenssituation von Armut betroffenen und bedrohten Menschen beitragen können, aktiv mitwirken. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie Menschen dazu befähigt werden können, die Ursachen und Folgen von Armut zu bewältigen. „Armut ist nicht nur ein finanzielles Problem der Betroffenen, sondern auch ein Mangel an Verwirklichungschancen. Menschen brauchen die Befähigung, die Auswirkungen von Armut zu bewältigen, um der Armutsspirale entkommen zu können“, fasste Bätzing-Lichtenthäler zusammen.



Dem Beirat gehören neben Vertreterinnen und Vertretern des Sozialministeriums, des Organisationsberatungsinstitut Thüringen (ORBIT e.V.), das den Beteiligungsprozesses wissenschaftlich begleitet, und weiteren Ministerien unter anderem Vertreterinnen und Vertreter des Städte- und Landkreistages, der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege, der Bundesagentur für Arbeit, der Landesarmutskonferenz, der Unternehmensverbände und der Wohnungswirtschaft an.

Neben der Arbeit des Beirats starten Mitte September auch die bereits angekündigten Beteiligungsforen. Im Rahmen von sechs Veranstaltungen in unterschiedlichen Regionen des Landes sollen gemeinsam mit kommunalpolitisch Verantwortlichen und sozialen Akteuren Ideen und konkrete Lösungsansätze zur Prävention und Bewältigung von Armut entwickelt werden. „Die Diskussion vor Ort ist mir ein besonderes Anliegen, denn wir brauchen regional spezifische und umsetzbare Lösungen, um die Lage der Menschen zu verbessern“, unterstrich Bätzing-Lichtenthäler. Für folgende Beteiligungsforen können sich Interessierte auf der Internetseite [www.armut-begegnen.rlp.de](http://www.armut-begegnen.rlp.de) anmelden:

- am 18. September 2017 in Bitburg
- am 5. Oktober 2017 in Betzdorf
- am 3. November 2017 in Pirmasens
- am 1. Dezember 2017 (Austragungsort noch in der Planung)
- am 22. Januar 2018 in Bad Kreuznach
- am 16. Februar 2018 in Ludwigshafen

Im Vorfeld hatte die Ministerin seit Anfang des Jahres Anlaufstellen für Menschen in prekären Lebenslagen und Stadtteile mit besonderen sozialen Schwierigkeiten besucht, um sich vor Ort über Armutsproblematiken und Armutsprävention auszutauschen und die Lebenswirklichkeit sowie die Erwartungen kennenzulernen. „Es war und ist mir wichtig, mit den Betroffenen direkt ins Gespräch zu kommen, um besser verstehen zu können, wie Menschen mit den Folgen von Armut umgehen. Diese eindrücklichen Erfahrungen möchte ich in den weiteren Prozess einfließen lassen, um zentrale Stellschrauben zu identifizieren und konkrete Maßnahmen in die Wege zu leiten, damit sich die Situation von Menschen in prekären Lebenslagen spürbar verbessert“, so die Ministerin.

Auf der Internetseite [www.armut-begegnen.rlp.de](http://www.armut-begegnen.rlp.de) können sich Privatpersonen sowie Personen mit beruflichem Bezug zum Thema Armutsbekämpfung in die Diskussion miteinbringen und an einer Umfrage über Auswege aus der Armut teilnehmen. Auch diese Beiträge fließen mit in die Beratungen ein.

# DRK-KRANKENHAUS KIRCHEN PROFITIERT VON PAUSCHALER LANDESFÖRDERUNG

*Rund 2,7 Mio. Euro vom Land für Kirchener Krankenhausträger*

Die DRK-Krankenhausträgersgesellschaft Südwest, zu dem auch das hiesige DRK-Krankenhaus in Kirchen gehört, erhält in diesem Jahr pauschale Fördermittel in Höhe von 2.692.286,00 Euro. Dies teilt nun die heimische SPD-Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis 1 (Betzdorf/Kirchen), Sabine Bätzing-Lichtenthäler, mit.

Die pauschalen Fördermittel gewährt das Land dabei zusätzlich zur „regulären“ Einzelförderung im Rahmen des jährlichen Krankenhausinvestitionsprogramms und der Förderung aus dem Krankenhausstrukturfonds. Entsprechend können die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz in diesem Jahr zusammengenommen mit rund 137 Millionen Euro rechnen, wie die Abgeordnete in ihrer Funktion als rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin heute in Mainz bekannt gab.

Die Besonderheit der Pauschalförderung liegt in deren Auszahlungspraxis: Das Land fördert die Krankenhäuser jährlich mit diesen pauschalen Fördermitteln, ohne dass diese hierfür eigens einen Antrag stellen müssen. Der Verwaltungsaufwand wird für die Krankenhäuser dadurch deutlich minimiert. Mit den Fördermitteln können die Krankenhäuser kleinere Baumaßnahmen oder die Anschaffung von Krankenhausbetten und medizinischen Geräten finanzieren. Mit wie viel Geld ein Krankenhaus gefördert wird, orientiert sich dabei in erster Linie an der Anzahl der Patientinnen und Patienten des Vorjahres.

„Mit dem Instrument der Pauschalförderung unterstützt das Land unsere Krankenhäuser auf denkbar unbürokratische Art und Weise. Rheinland-Pfalz verfügt über ein flächendeckendes und ortsnahe Angebot stationärer Krankenhausleistungen auf hohem Niveau“, erklärt die Politikerin. „Ich freue mich, dass das Land mit der diesjährigen Pauschalförderung für die DRK-Krankenhausträgersgesellschaft Südwest erneut einen ganz konkreten Beitrag dazu geleistet hat, die gesundheitliche Versorgung auch in unserer Region auch sicherzustellen.“

# TÄGLICHE POSTZUSTELLUNG MUSS REGEL BLEIBEN

*Bätzing-Lichtenthäler übt scharfe Kritik an Plänen der Deutschen Post*

Die Landtagsabgeordnete Sabine Bätzing-Lichtenthäler zeigt sich besorgt darüber, dass die Deutsche Post probeweise die tägliche Postzustellung in verschiedenen Gegenden Deutschlands abgeschafft hat. „Wie in den letzten Tagen verschiedenen Medienberichten zu entnehmen war, erscheinen dort die Zusteller nun nicht mehr von Montag bis Samstag, sondern nur noch drei-, zwei- oder nur einmal in der Woche.“ – Die Abgeordnete für den Wahlkreis 1 (Betzdorf/Kirchen) sieht darin keine gute Entwicklung: „Dass Zeitschriften, Zuschriften und vor allem wichtige Briefe jeden Werktag zugestellt werden, bedeutet vielen Menschen sehr viel – für ihr privates wie für ihr berufliches Leben. Sie empfinden es als wichtigen Teil ihrer Grundversorgung. Dass die Post auch in Dörfern und kleinen Städten, wie es sie bei uns im Wahlkreis besonders zahlreich gibt, eingeworfen wird, ist mit Lebensqualität verbunden.“ Die SPD-Politikerin appelliert eindringlich an die Deutsche Post, an dieser Gewissheit nicht zu rütteln. „Auch in unserer Region muss die tägliche Postzustellung die Regel bleiben.“

In Dänemark sei die werktägliche Postzustellung aus betriebswirtschaftlichen Gründen abgeschafft worden. In Deutschland sei die Situation aus gutem Grund eine andere, denn die Deutsche Post AG sei rechtlich dazu verpflichtet, werktags jedem Haushalt Post zuzustellen – und das auch in Dörfern und kleineren Städten, betont Bätzing-Lichtenthäler. „Aus meiner Sicht darf es keine Aufweichung dieser Dienstleistungspflicht geben. Falls die Deutsche Post nun die Erlaubnis erhalten möchte, in manchen Gegenden dauerhaft deutlich seltener als bisher die Post zuzustellen, empfinde ich das als problematisch. Einer solchen Entwicklung muss früh und klar Einhalt geboten werden.“ Derzeit liefere die Deutsche Post rund 59 Millionen Briefe im Schnitt pro Tag aus. Die Zahl sinke wegen der modernen Kommunikationsmittel, allerdings vergleichsweise gering. Zudem boome das Geschäft der Deutschen Post in manchen Geschäftszweigen, etwa bei der Paketzustellung. Für die Parlamentarierin steht vor diesem Hintergrund fest: „Die täglichen Postzustellung kann und muss also die Regel bleiben.“